

FORUM "HEGEMONIE GEPANZERT MIT ZWANG"

EIN NEUES BUCH ZUR STAATSTHEORIE ANTONIO GRAMSCIS

In diesem Sinne könnte man sagen, dass Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt, Hegemonie gepanzert mit Zwang."

Antonio Gramsci gehört zu den faszinierendsten marxistischen Theoretikern des 20. Jahrhunderts. Im Jahr 1891 auf Sardinien geboren, geht er zum Studium zunächst nach Turin. Dort schließt er sich 1913 der italienischen Sozialistischen Partei an, und tritt vor allem als Journalist und Organisator auf. Im Jahr 1921 verlässt er mit anderen die Sozialistische Partei, und gehört zu den Gründern der Kommunistischen Partei Italiens (PCI). In der Folge übernimmt er dort verschiedene Funktionen, wird unter anderem Vertreter des PCI bei der Kommunistischen Internationalen in Moskau sowie Generalsekretär des PCI. Überschattet wird seine politische Tätigkeit sehr bald von der Machtergreifung der Faschisten in Italien. Sein Status als Parlamentsabgeordneter schützt ihn nicht, im Jahr 1928 wird Gramsci zu 20 Jahren Haft verurteilt. In der Haft selbst erhält er die Erlaubnis zu wissenschaftlichem Arbeiten. Hier entstehen die "Gefängnishefte", der Kern seines politisch-theoretischen Werkes. Im Jahr 1937 gesundheitlich stark geschwächt aus der Haft entlassen, stirbt er bald darauf an den Folgen des Gefängnisses im Alter von 46 Jahren.¹



Herrschaft im Kapitalismus

Gramsci trieb vor allem die Frage um, wie in kapitalistischen Systemen Herrschaft entsteht und stabilisiert wird. Die Revolution in Russland, die von vielen erwarteten, aber dann doch ausbleibenden sozialistischen Revolutionen in Mittel- und Westeuropa sowie die Machtergreifung des Faschismus in Italien bildeten dabei den geschichtlichen Rahmen seiner Überlegungen. Entgegen der Erwartungen vieler SozialistInnen in Europa hatten es die kapitalistischen Staaten allerdings immer wieder geschafft, sich trotz wirtschaftlicher Krisen und den Verwüstungen des 1. Weltkrieges zu stabilisieren.

In den Mittelpunkt von Gramscis Interesse rückte daher nicht nur die Analyse der Funktionsweise des kapitalistischen Systems insgesamt, sondern vor allem die Frage nach der Beschaffenheit von Staatlichkeit. Entscheidend für Gramsci war dabei, die Perspektive über die Betrachtung der staatlichen Zwangsapparate hinaus zu erweitern. Eine zentrale Bedeutung bekamen die Begriffe "Hegemonie" und "Zivilgesellschaft".

Das dieser Besprechung vorangestellte Zitat gibt einige der zentralen Überlegungen Gramscis wieder. Sehr vereinfacht lässt sich sagen, dass Herrschaft im Kapitalismus eben nicht nur mittels unmittelbarem Zwang - von jenen, die über die Produktionsmittel verfügen über jene, die nur ihre Arbeitskraft anbieten können - ausgeübt werden kann, sondern diesem Bereich unmittelbarer Herrschaft die "Zivilgesellschaft" als Ensemble von Schulen, Universitäten, Kultureinrichtungen, Kirchen, Vereine, Massenmedien, etc. vorgelagert ist.

Wird hier ein bestimmtes Denken bzw. eine bestimmte Interpretation der herrschenden Verhältnisse "hegemonial" - also die Wahrnehmung beherrschend - so wirkt dies herrschaftsstabilisierend.

Die Kämpfe um Hegemonie in der Zivilgesellschaft sind damit den Kämpfen um die Staatsapparate selbst vorgelagert. Dabei werden die Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen strukturiert. Entscheidend für die Herausbildung von Hegemonie ist nicht die Zahl der Mitglieder der Gruppe, sondern die Wirkungsmächtigkeit ihres Agierens in den Institutionen der Zivilgesellschaft selbst. Ist eine gesellschaftliche Gruppe mit ihren Vorstellungen in der Zivilgesellschaft hegemonial, so kommt es vielleicht gar nicht mehr zu Auseinandersetzungen um die Beherrschung der klassischen Staatsapparate selbst. Die Beeinflussung von staatlichem Handeln erfolgt somit immer auch durch Auseinandersetzungen und Kämpfe in der Zivilgesellschaft.

Gramsci zu Staat und Recht

Die beiden Frankfurter Wissenschaftler Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescano haben nun einen Sammelband mit insgesamt neun Beiträgen herausgegeben, der versucht, zentrale Überlegungen Gramscis zur Funktion von Staat und Recht für die weitere Diskus-

sion fruchtbar zu machen. Der Band gliedert sich in die Bereiche "Staat", "Recht und Demokratie", und "die Transnationalisierung des integralen Staats" und schlägt damit einen Bogen von zunächst grundsätzlichen Überlegungen zum Staatsverständnis von Gramsci hin zur Analyse der aktuellen Beschaffenheit von Staatlichkeit.

Alex Demirovic arbeitet in seinem Beitrag heraus, in wie weit sich Gramscis Begriff von "Zivilgesellschaft" von aktuellen Definitionen wie beispielsweise im Anschluss an Jürgen Habermas unterscheidet. Demirovic stellt dar, dass nach Habermas "Zivilgesellschaft" eben nichts mit Herrschaft zu tun habe, während nach Gramsci "Zivilgesellschaft" u.a. der Raum sei, in dem Weltansichten und Handlungsperspektiven der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte ausgearbeitet und in kulturellen Kämpfen gegen andere durchgesetzt werden. Die herrschende Klasse sei dabei keine problemlose Einheit, sondern auch durch Positionskämpfe bestimmt, die eventuell auch zu Bündnissen einzelner Fraktionen mit Teilen der beherrschten Klassen führen könne.

Der "integrale Staat" besteht demnach also aus Momenten des Zwangs und des Konsens, und bilde damit ein "fließendes Kräftegleichgewicht" ab. Dieses Gleichgewicht sei aber asymmetrisch, da der Staat immer Partei derjenigen sei, die den Produktionsapparat organisieren. Die den Staat tragenden Kräfte organisieren im und durch den Staat den gesellschaftlichen Kollektivwillen.

Im Fazit seines Beitrages weist Demirovic darauf hin, dass das momentan ausgeprägte Interesse an einer Anknüpfung an Gramscis Überlegungen zur Bedeutung von Zivilgesellschaft für manchen den Blick auf gleichfalls existierende staatliche Zwangsapparate verdecke. Es wäre allerdings zu diskutieren, ob das von Demirovic herangezogene Beispiel der Sozialkürzungen in Deutschland in den letzten Jahren nicht viel eher genau ein gutes Beispiel für die Diskussion darüber wäre, wie eigentlich einige den Interessen der meisten Menschen zuwider laufende Maßnahmen trotzdem und auch ohne Zwang politisch mehrheitsfähig gemacht werden können.

Die Herausgeberin und der Herausgeber nehmen in ihrem Beitrag speziell die Funktionsweise des Rechts in den Blick. Hier habe Gramsci wenige Anknüpfungspunkte hinterlassen, da er vor allem die gesellschaftlichen Grundlagen der Staatsmacht, und weniger das "konkrete Design" der Staatsapparate in den Blick genommen habe. Diese Lücken versuchen die AutorInnen mit einem Anschluss an die Systemtheorie nach Niklas Luhmann zu schließen.

Der Marburger Politikwissenschaftlicher Hans-Jürgen Bieling stellt in seinem Beitrag die Denkansätze der "Internationalen Politischen Ökonomie" sowie des "Neuen Konstitutionalismus" im Anschluss an Gramsci vor. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stehe dabei das Zusammenspiel von strukturellen, institutionellen und vertragsrechtlichen Dimensionen. In den Blick genommen werden "hegemoniale Staatskooperationen" wie die G8 oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), sowie die Prozesse der Auslagerung und Neudefinition bestimmter Staatsaufgaben in internationale Organisationen und (Rechts-) Regime.

Für die weitere Debatte spannend ist Bieling's These, dass eine "internationale Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen" nicht (nur) durch das "Nadelöhr nationaler Außenwirtschaftspolitik" hindurch muss, sondern auch transnationale private Akteure, z. B. Rating-Agenturen, eigene Dynamiken entwickeln und damit eine zentrale Rolle im Prozess der Internationalisierung von Staatlichkeit einnehmen. Ulrich Brand versucht in seinem Aufsatz explizit

Gramsci mit Überlegungen im Anschluss an Nicos Poulantzas zu verbinden. Die internationale Zivilgesellschaft sei demnach kein "intermediärer Bereich", sondern ein "internationales Verhältnis gesellschaftlicher Kräfte". Dabei sind nationale und internationale Zivilgesellschaften aufeinander bezogen. In diesem Sinne könne man bei der Betrachtung der internationalen Kräfteverhältnisse von einer "Verdichtung zweiter Ordnung" neben den Verdichtungen von Kräfteverhältnissen auf nationaler Ebene sprechen. "Nationale Interessen" könnten allerdings auch durch eine Interiorisierung internationaler Kräfteverhältnisse definiert werden. Internationale Politik sei dementsprechend ein Resultat der in die Apparate selbst eingeschriebenen Kräfteverhältnisse und Widersprüche. Insgesamt lasse sich aktuell von einer "fragmentierten Hegemonie" auf internationaler Ebene sprechen. In den Metropolen werde Herrschaft vor allem durch gesellschaftlichen Konsens abgesichert, während an den Rändern auch Gewalt bis hin zu Krieg eingesetzt werden würde.

Fazit

Das Buch bietet einen guten Einstieg in die weitere Diskussion. Deutlich wird, dass Gramsci mit der Definition des Begriffs der "Zivilgesellschaft" die materialistische Staatsdiskussion um einen entscheidenden Aspekt erweitert hat. Mit diesem Band wird zum ersten Mal versucht, den analytischen Rahmen auf die globale Ebene zu erweitern.

Vor allem laufen die Beiträge nicht Gefahr, nur die Theorie zu rekonstruieren, sondern suchen im Gegenteil auch die empirische Bestätigung des zuvor aufgestellten theoretischen Rahmens.

Noch bleibt allerdings viel Stoff für weitere Arbeiten. Wie sich "Zivilgesellschaft" auf globaler Ebene darstellt, ist erst in Ansätzen klar. So lassen sich als Kräfte der Auseinandersetzung vielleicht tatsächlich auf der einen Seite globale Wirtschaftsforen à la Davos und Gegenbewegungen wie das Weltsozialforum begreifen.

Auf der anderen Seite erscheint es nach wie vor unklar, wie sich die verschiedenen Ebenen - global und national, dazwischen vielleicht sogar regional wie zum Beispiel die Europäische Union - zueinander verhalten. Welche Institutionen sind nun tatsächlich von internationalen Kräfteverhältnissen geprägt, wo ist der Einfluss entscheidend ein lokaler? Wichtig wird diese Frage vor allem dann, wenn man - ganz im Sinne Gramscis - die Beschreibung von Staatlichkeit eben auch zum Ausgangspunkt für politisches und gesellschaftliches Handeln machen möchte.

Thilo Scholle ist Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund

Literatur:

Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, 209 S., 29 Euro

1 Als Einführung in das Werk Gramscis lesenswert: Sabine Kebir, Gramsci's Zivilgesellschaft, Hamburg 1991.